



**Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand**

Information

Nr. 2 / 2018

Horst Schneider

**Der Irrweg einer Nation oder sieben Todsünden der deutschen
Nachwenderegierungen**

*Man kann alle Leute einige Zeit zum Narren halten
und einige Leute allezeit;
aber alle Leute allezeit zum Narren halten
kann man nicht
(Abraham Lincoln)*

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, Februar 2018

Inhaltsverzeichnis:

Zum Geleit: Sieben Todsünden der deutschen Nachwenderegierungen

1. Wer ist das Volk? Jede Nachwenderegierung verweigerte dem Souverän, dem Volk, die von ihm zu bestätigende Verfassung
2. Wer darf diesen Schwur in wessen Auftrag brechen? Die Nachwenderegierungen haben den Schwur gebrochen, dass von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgehen wird
3. Wem dient deutsche Politik, der NATO oder dem Wohlergehen der Deutschen?
4. Gilt „was des Volkes Hände schaffen“ oder war die Ausplünderung der DDR-Bürger „Gottes Fügung“?
5. War die „Abwicklung“ hunderttausender DDR-Bürger ein Akt zur Durchsetzung der Menschenrechte oder massenhafter Rechtsbruch?
6. War die DDR eine international geachtete Bastion des Friedens und der Völkerfreundschaft oder ein „totalitärer Unrechtsstaat“?
7. Mit welchem Ziel und welchem Ergebnis erfolgt die staatlich verordnete „Aufarbeitung der SED – Diktatur“?

Zum Geleit:

Sieben TODSÜNDEN der deutschen Nachwenderegierungen

Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus 1945 hieß die meistgestellte Frage: Wie konnte es geschehen? Alexander Abusch gab eine Antwort in seinem berühmten Buch „Der Irrweg einer Nation“.

Nach dem Wahldesaster von CDU/CSU und SPD im September 2017 tauchen ähnliche Fragen auf, und seitdem rätseln Politiker, Parteien und Publizisten, wie ein Ausweg zu finden sei. Die SPD hatte versprochen, in die Opposition zurückzukehren, deren Wesen Kurt Schumacher im September 1949 markiert hat.

Das „Jamaika“ - Projekt, ein Kasperlespiel für das Volk, ist gescheitert. Wird die große Koalition wieder auferstehen? Und das in einer (Trump -) Welt mit täglich neuen Hiobsbotschaften?

Bundespräsident Steinmeier hatte schon als Außenminister erkannt: Die Welt ist aus den Fugen geraten. Für einen bestimmten Typ von DDR – Bürgern hatte der hochgeehrte Staatsbarde Wolf Biermann nach seiner unfreiwilligen Rückkehr in die BRD getextet: „Hier fallen sie auf den Rücken/ Dort kriechen sie auf dem Bauch/ Und ich bin gekommen, ach, gekommen bin ich vom Regen in die Jauche.“ Wer je sich an einem warmen Sommerregen ergötzt hat, dürfte den warmen Sommerregen vorgezogen haben.

Bei den Bundestagswahlen im September 2017 versetzte das Volk, der „große Lämmel“, die Regierung und ihre Auftraggeber in Angst in Schrecken. Seitdem wird in Befragungen, Talkshows, (gescheiterten) „Jamaika“ - Gesprächen ein Ausweg gesucht, der wenigstens noch Regieren ermöglicht. DER SPIEGEL vom 6. Dezember 2017 offenbarte: „Es geht jetzt um die Fragen, auf die niemand eine befriedigende Antwort hat“

Ich werde nachfolgend solche Fragen aufwerfen, die bisher öffentlich Tabuthemen sind.

1. Wer ist das Volk?

Jede Nachwenderegierung verweigerte dem Souverän, dem Volk, eine von ihm zu bestätigende Verfassung.

Ein Staat, der den Anspruch erhebt, Rechtssaat zu sein und behauptet, die Interessen des Volkes zu vertreten, müsste eine entsprechende Verfassung haben.

Wie sieht es damit im 1990 „vereinten“ Deutschland aus?

In der BRD galt 1990 das Grundgesetz, das 1949 als Provisorium zurechtgezimmert worden war. Zu keinem Zeitpunkt stimmten die Bürger – z.B. durch Volksentscheid - dem Grundgesetz zu. Durch Veränderungen im Text (Notstandsgesetze) wurde die Substanz des Grundgesetzes ständig verschlechtert.

Der Artikel 146 verlangte zwingend, dass nach Herstellung der Einheit das Volk sich in freier Selbstbestimmung eine neue Verfassung gibt.

In der DDR - Verfassung, die 1968 durch Volksentscheid angenommen worden war, gab es das 1990 erfolgte Ende nicht. Die Volkskammerabgeordneten, die der Einheit zustimmten, verübten Hochverrat.

Ich wiederhole den Fakt: Deutschland besitzt seit 1990 keine durch das Volk legitimierte Verfassung. Angesichts dieser Lage schrieb Günter Grass in „Fragen zur Deutschen Einheit“: „Ich bin mir sicher, dass wir alle einen ungeheuren und kaum auszugleichenden Schaden erleben, wenn wir weiterhin mit diesem Verfassungsbruch leben.“

Willy Brandt erklärte am 24. Februar 1990 auf dem Gründungsparteitag der DDR-SPD in Leipzig: „Inzwischen ist wohl kaum noch streitig, dass wir, wenn wir Zusammenschluss wollen, eine gemeinsame Verfassung brauchen, und die wird dann hüben wie drüben ihre Bestätigung durch das Volk finden müssen.“

Wer vereitelte aus welchen Gründen den „Zusammenschluss“?

Literatur:

Bernd Guggenberger, Ulrich K. Preuß, Wolfgang Ullmann: Eine Verfassung für Deutschland, München - Wien 1993

Horst Schneider: Artikel 23. Kein Anschluss unter dieser Nummer, Dresden 2011

2. Wer darf diesen Schwur in wessen Auftrag brechen?

Die Nachwenderegierungen haben den Schwur gebrochen, dass von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgehen wird.

Das Vermächtnis für die Deutschen nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs lautete: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Dieses Vermächtnis entsprach der Vernunft und den Verpflichtungen aus den internationalen Verträgen vom Potsdamer Abkommen, über die Artikel 107 und 111 der UNO - Charta bis zu den Urteilen des Nürnberger Tribunals.

In den achtziger Jahren hörte die politische Welt unisono aus Berlin und Bonn:

Von deutschem Boden wird kein neuer Krieg ausgehen.

In seiner Rede vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche, die Kanzler Kohl für die wichtigste und entscheidendste seines Lebens hielt, leistete er einen Schwur: „Ich gehöre zu jener jungen Generation, die sich nach dem Krieg geschworen hat - wie auch hier - 'Nie wieder Krieg, nie wieder Gewalt' - Und ich möchte hier vor Ihnen diesen Schwur erweitern: Von deutschem Boden muss immer Frieden ausgehen - und das ist das Ziel unserer Gemeinsamkeit.“

Darf ein solcher Schwur, von dem das Schicksal von Millionen Menschen abhängt, hinterhältig gebrochen werden?

Kohls Schwur wurde Bestandteil des Zwei - plus - Vier – Vertrages, der Bedingung und Bestandteil der politischen Nachwendestrukturen wurde. Sein Bruch war Bruch des Völkerrechts mit schlimmsten Folgen.

Inzwischen beteiligt(e) sich die Bundeswehr weltweit an siebzehn Kriegseinsätzen von Kambodscha über Afghanistan bis nach Mali. Da das Grundgesetz den militärischen Einsatz nur zum Zwecke der Verteidigung erlaubt, wurde eben so viel Mal das Grundgesetz gebrochen, auch der Artikel 25, der jeden Bürger zur Einhaltung des Völkerrechts verpflichtet. Natürlich ist das entsprechend den Nürnberger Prinzipien und den Urteilssprüchen von den Haag strafbar. Daniele Ganser kommt deshalb in seinem Buch „Illegale Kriege“ (S. 60) zu dem Schluss: „Auch Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Rudolf Scharping müssten vom Strafgerichtshof den Haag wegen des Verbrechens der Aggression angeklagt werden. Das müsste umso leichter fallen, weil Schröder am 9. März 2014 im Gespräch mit Reportern von DIE ZEIT die Tat bereits öffentlich gestanden hat. Warum ist das kein Thema öffentlichen Streits?“

Literatur:

Daniele Ganser: Illegale Kriege. Wie die NATO – Länder die UNO sabotieren, Zürich 2017;

Horst Schneider: Das Treffen zwischen Ministerpräsident Hans Modrow und Bundeskanzler Helmut Kohl am 19./20. Dezember 1989 in Dresden, Dresden 2009

3. Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland, oder NATO, NATO über alles

Die Tatsache, dass Deutschland wieder kriegführendes Land werden könnte, dürfte 1945 kein vernünftiger Mensch vorausgesehen haben. Von dieser Hoffnung zeugten die einschlägigen Artikel der UNO - Charta, die Verträge von Jalta bis Potsdam, die Prinzipien des Nürnberger Tribunals. Ebenso wie 1945 gefragt wurde: Wie konnte es geschehen, stellen heute viele (die meisten?), entsetzt fest: Der Krieg ist wieder ein Meister aus Deutschland. Die Entwicklung dahin erfolgte langsam, leise und mit Tricks und Lügen der in Bonn Regierenden. Die wirksamste ideologische Waffe war die Bedrohungslüge: Moskau bedrohe die Freiheit des Westens. Der Irrsinn: die westdeutsche Seite beteiligte sich an der Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion, die die Hauptlast der Befreiung von Hitlerdeutschland getragen hatte und deren Völker nichts sehnlicher wünschten als Frieden. In der DDR - Verfassung war die Freundschaft zur UdSSR festgeschrieben.

Zu den Faktoren, die die Entwicklung negativ beeinflussten, gehörte die NATO - Mitgliedschaft Deutschlands und seine Rolle in der NATO. Sie war damit verbunden,

- dass Deutschland hinter der ideologischen Nebelwand „Bedrohung aus dem Osten“ der treueste Vasall der USA wurde,
- dass es zur militärischen und ideologischen Speerspitze der NATO wurde,
- dass das „Teufelszeug“ (Willy Brandt) von Raketen und Atomwaffen auf seinem Territorium lagert,
- dass damit die Spaltung Europas und Deutschlands vertieft und der Frieden ständig gefährdet wurde.

Wer hat errechnet, wie viele Ressourcen den Deutschen damit verloren gingen?

1990 entstand die einmalige historische Situation, dass Deutschland die NATO - Mitgliedschaft - falls sie nur der Verteidigung gedient hatte –beendet. Der Kanzler verkündete, Deutschland sei nur von Freunden umgeben. Zwischen Helmut Kohl und Michail Gorbatschow wurde eine Männerfreundschaft zelebriert (Rhein, Kaukasus), wie sie in der Politik bis dahin kaum vorgekommen ist.

Der NATO war mit der „Wende“ der Feind abhanden gekommen, der Warschauer Vertrag, der für die DDR in ihrer Lage ein notwendiges Übel gewesen war, wurde aufgelöst. Die NVA verschwand, die Sowjetarmee zog sich aus Deutschland zurück. Wer konnte aus welchen Gründen an der weiteren NATO – Mitgliedschaft interessiert sein? Das konnten nur Kräfte sein, die, wie Wilhelm II., den Kampf um den „Platz an der Sonne“ wieder aufnehmen und Hitlerdeutschlands Niederlage nachträglich in einen Sieg über Russland verwandeln wollten. Die „Osterweiterung“ der NATO wurde zur Tarnformel für das Vordringen der Bundeswehr. Angela Merkel entblödete sich nicht, das völkerrechtskonforme Vorgehen Putins auf der Krim als Verbrechen zu denunzieren.

(Den DDR - Bürgern war 1990 eine Abstimmung über den „Beitritt“ verwehrt worden.) Die von Deutschland verhängten völkerrechtswidrigen Sanktionen sind nicht nur unvernünftig, sondern aus Moskauer Sicht ein feindseliger Akt. Liegt das im Interesse der Dresdner und Leipziger, die Fundamente der deutsch - sowjetischen Freundschaft gelegt hatten?

Der Amtsantritt Donald Trumps scheint einige Verwirrung in der deutschen Außenpolitik ausgelöst zu haben. DER SPIEGEL (6. 12. 2017, S. 6) deutete einige Bemerkungen des USA - Präsidenten, als ob die NATO in Frage gestellt würde: „Auf den Schutz durch Trumps USA können wir uns nicht mehr verlassen.“

Also muss Deutschland noch mehr rüsten. Die Fakten bestätigen unwiderlegbar, was Oskar Lafontaine am 10. Januar 2015 verkündete: „Die Außenpolitik ist ein Lügengebäude, und wir haben die Aufgabe, diese Lügen zu durchbrechen, wenn wir wirklich zu einer friedlichen Außenpolitik kommen wollen.“

Literatur:

Karl Albrecht Schachtschneider: Die Souveränität DEUTSCHLANDS. Souverän ist, wer frei ist, Rottenburg 2012

Jürgen Wagner: Aufmarsch gegen Russland oder wie ein neuer Kalter Krieg entfacht wird, Berlin 2016

Wilfried Schamagl: Am Abgrund. Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland, München/Berlin 2015

4. Gilt „was des Volkes Hände schaffen, muss des Volkes eigen sein“, oder war die Ausplünderung „Gottes Fügung“? Der von den Nachwenderegierungen verordnete Raubzug gegen das (Volks-) Eigentum der DDR - Bürger

Die „Wende“ 1990 war mit einem folgenschweren, geschichtlich beispiellosen Raubzug gegen das Eigentum der DDR - Bürger verbunden.

Nach 1945 hatten SPD, CDU und KPD - SED als Garantie für eine friedliche Zukunft Deutschlands gefordert, die CDU in Adenauers Ahlener Programm sogar aufgenommen, dass das Monopolkapital enteignet werden muss. 1990 gab es nur in der DDR das, was als sozialistische Planwirtschaft bezeichnet wurde. Ausgangspunkt und Grundlage war der Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher am 30. Juni 1946 in Sachsen.

1990 hatte die DDR trotz zahlreicher Widrigkeiten, die sie nicht verhindern konnte (Reparationen, Wirtschaftsembargo usw.) eine leistungsfähige Volkswirtschaft, wie man in Bonn sehr wohl wusste. Was ist aus den Betrieben geworden?

Die siegestrunkenen Eroberer und ihre willigen Helfer in der „frei gewählten“ DDR - Regierung unter Lothar de Maiziere verramschten alles, was ihnen wertvoll erschien.

„Rechtsgrundlage“ war das Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 (!), wonach die volkseigenen Betriebe „wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren“ seien. Mit dieser harmlos klingenden Zielstellung wurde die Treuhand unter Birgit Breuel zur Räuberzentrale, deren kriminelles Wirken beispiellos in der Geschichte ist.

Inzwischen geben Arbeiten von Siegfried Wenzel, Günter Heribert Münzberg und anderer einen Einblick in die Schandtaten der Treuhand. Diese Institution „privatisierte“ 12.354 volkseigene Betriebe, 465 Staatsgüter, 3,3 Millionen Wohnungen, Verkehrsbetriebe, Versicherungseigentum, Hotels usw. Das Vermögen wurde nie exakt berechnet, von manchen auf 600 Milliarden DM geschätzt. Dieses Vermögen verwandelte sich im Zeitraffer in Nichts. Übrigens: Im Artikel 6 des Vertrages war die Möglichkeit vorgesehen, dass die enteigneten DDR - Bürger den bei der Währungsumstellung auf die Hälfte reduzierten Sparbetrag als „verbrieftes Anteilrecht“ später erhalten würden. Ist es dreißig Jahre später noch zu früh, um darüber zu reden?

Im Katechismus von Papst Johannes Paul II. heißt es in These 2403: „Die Güter der Schöpfung sind für das gesamte Menschengeschlecht bestimmt. Das Recht auf Privateigentum hebt die Tatsache nicht auf, dass die Erde ursprünglich der gesamten Menschheit übergeben worden ist.“

Literatur:

Unfrieden in Deutschland Band 6, Die Enteignung der Ostdeutschen, Berlin 1999

Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2000

Günter Heribert Münzberg: Fette Beute. Ein Insider berichtet aus der Treuhandanstalt, Leipzig 2011

Horst Schneider: Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein. Der Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher am 30. Juni 1946 in Sachsen, Dresden 2016

5. Wer einen Menschen zerstört, zerstört eine Welt (Talmud)

War die „Abwicklung“ hunderttausender DDR-Bürger ein Akt zur Durchsetzung ihrer Menschenrechte oder massenhafter Rechtsbruch?

Der Weg zur Ausdehnung des Imperialismus auf das Territorium der DDR, heute in der Regel als „Wiedervereinigung“ verfälscht, berührte das Schicksal von Millionen von DDR - Bürgern. Ihr Selbstbestimmungsrecht, auf das sich Helmut Kohl wiederholt berief, wurde missachtet und mit Füßen getreten. Die Details des „Einigungsvertrages“ wurden selbst den Volkskammerabgeordneten erst wenige Stunden vor der Abstimmung bekannt. Nach den Worten von Innenminister Wolfgang Schäuble schloss die Bonner Regierung den „Einigungsvertrag“ mit sich selbst ab.

Für politisch denkende DDR - Bürger war das ein Diktat der Sieger. Wer waren die Opfer? Zuerst die Arbeiter, die von der Politik der Treuhand betroffen wurden. Sie verloren ihre Arbeit und damit Lohn und Brot. Wie groß war ihre Zahl? Betroffen waren auch Mitarbeiter der Verwaltungen, der Justiz, staatlicher Institutionen, die in der Regel auch noch zur Straffrente verurteilt wurden. Die Justiz findet das bis heute in Ordnung.

Ironie der Geschichte: Als Erdogan nach einem Putschversuch vermeintliche Teilnehmer (Politiker, Publizisten, Polizisten und Offiziere) verhaften ließ, hagelte es aus Deutschland Protest, sogar von Angela Merkel. Das ermöglichte Erdogan, auf die Ereignisse 1990 in Deutschland zu verweisen: Bei der Säuberung des Staats - und insbesondere des Justizapparats der DDR seien „Hunderttausende mit Verbindungen zum SED - Regime entlassen worden. Ihr habt das gemacht, und dann wollt ihr uns belehren.“

Ich füge ein: Eine solche Säuberung von belasteten Nazis hat es auch in Bonner Landen 1945 nicht geben, auch nicht auf anderen wichtigen Gebieten. An der Spitze der neu aufgebauten Bundeswehr standen Kriegsverbrecher. Die NVA, die nie an Kriegshandlungen beteiligt gewesen war, wurde 1990 aufgelöst. Alle Mitarbeiter des Außenministeriums und Diplomaten der DDR wurden - auf ausdrückliche Order Genschers - unter unwürdigen Umständen entlassen. Wahrhaftig! Das war eine „friedliche Revolution“!

Ein besonderes Kapitel der Schande ist die „Abwicklung“ von Wissenschaftlern, Künstlern und Lehrern. Darüber gibt es inzwischen viele Dokumentationen und Berichte. Die Liste reicht vom verdienten Zoodirektor Dathe über den berühmten Schauspieler Wolf Kaiser bis zum Jenaer Rektor und Bundestagsabgeordneten Gerhard Riege.

Von den Tätern hat sich Professor Dr. Hans Joachim Meyer „geoutet“, der dem Kabinett Biedenkopf als Minister angehört hatte und von 1997 bis 2003 auch Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken gewesen war. Schon als Minister unter de Maiziere hatte er 620 Professoren und 706 Dozenten entlassen.

Die Zerstörung der Wissenschaftslandschaft in Sachsen ist ein besonderes Thema. Im Zuge des „Elitenaustausches“ besetzten etwa 35.000 Politiker und Beamte aus den alten Bundesländern

Schlüsselpositionen im Osten. In der Verwaltung in „Mitteldeutschland“ arbeiteten Ende der neunziger Jahre nur noch 2,5 % Ostdeutsche, in den Medien 11,8 %, in der Politik 32,1 %. Alle

Staatssekretäre waren Westdeutsche. Von den 1994 bis 1999 berufenen 1.878 Professoren stammten 1.769 (94,70/o) aus den alten Bundesländern. Dabei wurden massenhaft verbürgte Menschenrechte verletzt, u.a.

das Recht auf ein faires Verfahren,
keine Strafe ohne Gesetz,
Gedanken, - Gewissens - und Religionsfreiheit,
Recht auf eine wirksame Beschwerde,
Diskriminierungsverbot.

Die Rolle der Justiz bei diesen Rechtsverletzungen ist vielfach dokumentiert worden. Meyer hat in seiner Person eine Symbiose zwischen der Zerstörung von Biographien mit christlich - katholischer Feindesliebe praktiziert. Ist seine Saat in Sachsen dreißig Jahre später aufgegangen?

Literatur:

Unfrieden in Deutschland Band 7, Strafrecht und Siegerjustiz im Beitrittsgebiet, Berlin 1995
Hans Joachim Meyer: In keiner Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland, Freiburg im Breisgau 2015

6. War die DDR eine international geachtete Bastion des Friedens und der Völkerfreundschaft oder ein totalitärer Unrechtsstaat?

„Die DDR war eine 'Diktatur'. Da gibt es gar nichts zu diskutieren. Man kann deshalb den Menschen nicht weismachen, dass die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei. Sie war ein Unrechtsstaat“ (Angela Merkel am 19. Juni 2002)

Die zahlreichen dokumentierten Rechtsbeugungen gegenüber DDR – Bürgern fanden ihre Rechtfertigung in der Behauptung, die DDR sei ein „Unrechtsstaat“ gewesen. Der „Rechtsstaat“ BRD müsse dieses „Unrecht aufarbeiten.“ Die wichtigsten Instrumente der „Aufarbeitung“ wurden die „Siegerjustiz“ und die „Gauck – Behörde.“ (BStU) Merkels Behauptung steht auf tönernen Füßen. Den Begriff „Unrechtsstaat“ gibt es weder im Völkerrecht noch im Duden. Genscher, der jährlich Ende September von 1994 bis 1989 vor der UNO - Vollversammlung die DDR hätte anklagen können, hat das - aus guten Gründen - nie getan. Eine Anklage gegen die Politik von Staaten (z.B: Israel) ist möglich, erfolgt aber durch den Sicherheitsrat. Mit dem Begriff werden alle DDR - Bürger beleidigt und diskriminiert, die bewusst und mit Hingabe der DDR gedient haben. Zu fragen ist: In welcher Rechtslage befanden sich die Bürger der DDR 1990?

Seit dem 21. Dezember 1972 galt zwischen der DDR und der BRD der „Grundlagenvertrag.“ Trotz unterschiedlicher Auffassungen zur „nationalen Frage“ sollten die Völkerrechtsprinzipien zwischen beiden deutschen Staaten gelten. Dazu gehören die „souveräne Gleichheit aller Staaten“, die „Achtung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität, das Selbstbestimmungsrecht, die Wahrung der Menschenrechte und die Nichtdiskriminierung.“ Es wurde bekräftigt, „dass sich die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.“

Von da an wurde, wie Willy Brandt öffentlich unterstrich, „die Hoffnung auf Wiedervereinigung zur Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.“ Egon Bahr formulierte

noch drastischer. In seiner „Rede über Deutschland“ am 27. November 1988 in München erklärte Egon Bahr: „Im Falle des Konfliktes würde nicht nur die Bundesrepublik zerstört, sondern auch die DDR. Im Untergang wären wir vereint. Wir werden gemeinsam leben oder

gemeinsam sterben.“ Ende 1989 waren alle Großmächte - außer den USA - gegen die „Wiedervereinigung.“ Hier wird nicht untersucht, wie die DDR mit List und Tücke ausgelöscht wurde, aber es muss festgestellt werden: Dass die „Revolution“ friedlich verlief, ist in erster Linie den führenden DDR - Politikern zu verdanken. Für die „Wende“ waren viele Varianten denkbar, auch die „sanfte“, wie sie beim Anschluss des Saarlandes praktiziert worden war. Die Bonner „Entscheidungssträger“ setzten den Weg der Abrechnung und Rache durch, blockierten den Weg der Verständigung und Versöhnung. Zu den bisher genannten Todsünden gesellten sich die Siegerjustiz und das Wirken der BStU- Behörde. Beide Institutionen handelten kurzsichtig und außerhalb des Rechts.

Im Grundgesetz ist (Artikel 102) in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht rückwirkendes Strafrecht verboten. Wie konnten dann Erich Honecker, Egon Krenz, Heinz Keßler, Hans Modrow und viele andere vor dem Kadi der Sieger landen?

Von Leuten wie Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Thierse und Wolfgang Ullmann wurde ernsthaft die Idee eines Nürnberger Tribunals verfochten.

Es gibt Dokumentationen und Berichte über das Thema wie „Siegerjustiz. Die politische Strafverfolgung infolge der Deutschen Einheit“ und Klaus Behlings „Streitfall Siegerjustiz“, die die Rechtsbrüche durch die bundesdeutsche Siegerjustiz unwiderlegbar beweisen.

Literatur:

Siegerjustiz. Die politische Strafverfolgung infolge der Deutschen Einheit, Berlin 2003

Klaus Behling: Streitfall Siegerjustiz. Fakten. Prozesse. Ergebnisse, Berlin 2015

7. „Die bisherige Totalitarismusforschung hat nichts zutage gefördert, was die Charakterisierung des Gesamtsystems der DDR als totalitär bekräftigen würde“ (Lothar Fritze)

Es ist schwer zu sagen, ob nicht die „Erinnerungsschlacht“ um das Geschichtsbild über die DDR, die die politische Elite erbarmungslos führt, die folgenschwerste Sünde ihrer Politik ist. Beim Geschichtsbild geht es um höchst unterschiedliche Erinnerungen und Erfahrungen, die nicht per order de Mufti aus den Gehirnen zu entfernen sind.

Angela Merkel kann zwar verordnen: „Die DDR war ein Unrechtstaat“, aber nicht wenige DDR - Bürger wissen nach dreißig Jahren Zwangseinbürgerung in die BRD, wo ihnen mehr und böseres Unrecht widerfahren ist. An der Erfahrung können auch Merkels willige Helfer nichts ändern. Es ist auch nicht geheim geblieben, wie Leute vom Typ Wolf Biermann mit ihrer aberwitzigen Verleumdung der DDR passable Judaslöhne und ungezählte lukrative Preise einheimsten. Wofür? Zu wessen Nutzen? Bei denen, die ihre Biographie nicht fälschen und vermarkten, wachsen Wut und Trotz. Übrigens: Zu denen, die vor dieser „Sünde“ der „Schimpfkanonaden“ dringend warnten, gehörte Willy Brandt. Im Gegensatz zu Gauck, Biermann und Co. mahnte er auf dem Gründungsparteitag der DDR - SPD am 24. Februar 1990 in Leipzig: „Ich möchte freilich hinzufügen, dass meines Wissens durch Hass und Vergeltung noch nie Gutes bewirkt worden ist...Durch die Saat auf Sündenböcke kann es (das Recht, H.S) nicht ersetzt werden, durch Denunziantentum schon gar nicht.“

Seit Ende 1990 ist der Inhalt der staatlich verordneten Verleumdung der DDR zunächst durch Innenminister Wolfgang Schäuble vorgegeben: Die DDR sei eine totalitäre Diktatur gewesen.

Die Totalitarismus - Doktrin wurde Staatsdoktrin (in Sachsen sogar Verfassungsnorm), und die Totalitarismusforscher stürzten sich in die Schlacht, in der sich die international geachtete DDR in eine Hölle verwandeln sollte.

Es gibt nicht wenige Totalitarismus - Definitionen. Da Zbigniew Brzezinski jahrzehntelang USA - Präsidenten beriet und er bis heute die Strategie der USA - Politik entscheidend beeinflusst, wähle ich seine Definition.

Das „Kernstück“ sei die „normative Gleichsetzung von nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft“ mit folgenden Hauptmerkmalen:

- eine Ideologie mit Ausschließlichkeitsanspruch
- ein monolithischer Machtapparat
- eine Massen mobilisierende Einheitspartei
- politischer Terror
- Zentralverwaltungswirtschaft .

Wenn dieses abstrakte Schema als Folie für die Beurteilung von Staaten verwendet wird, stehen die USA oder Vatikan/ Papst sicherlich schlechter da als die DDR. In der Definition fehlt das wichtigste, die Eigentumsverhältnisse.

Trotz seiner (oder gerade wegen) der Unwissenschaftlichkeit des Begriffs „totalitär“ ist er vielfältig missbrauchbar. Er „rechtfertigt“ den Kampf des christlichen Abendlandes gegen das „Reich des Bösen“, „Europas“ gegen die „asiatischen Horden“, „Revolutionen“ in „Schurkenstaaten“, die zur „Demokratie“ führen sollen usw.

Wenn Clio nicht schon lange Hure der Politik wäre, würde das zerschlissene Gewand der Totalitarismus - Doktrin gut zu ihr passen.

Dann ist es auch kein Zufall, dass die BStU - Behörde diese Doktrin als richtig zu bestätigen versucht. Zwar müsste ein Pfarrer die Begriffe Versöhnung, Vergebung und Gnade kennen, aber Gauck gefiel sich in der Rolle des Racheengels.

Obwohl offiziell „nur“ Herr über die „Stasi“ - Akten, war er auch Autor im berüchtigten Schwarzbuch des Kommunismus, mehrfach Redner im Bautzen - Forum und Einpeitscher jener „Prager Erklärung“ vom Februar 2010, deren 11 Gebote für Antikommunisten vom Schläge Gaucks die zehn biblischen Gebote ersetzen.

Die meist „vertraulichen“ Beziehungen der BStU-Behörde zu Medien, die gezielt mit Sensationen gefüttert werden ...Erstaunlich für einen Rechtsstaat ist, dass der DDR - Hasser und Großinquisitor Joachim Gauck (wer waren die Strippenzieher?) Bundespräsident werden konnte.

Ein anderer Pfarrer, Rainer Eppelmann, durfte, nachdem er „Frieden ohne Waffen“ hatte herstellen wollen und an der Spitze bei der Auflösung der NVA gestanden hatte, Oberbefehlshaber in der Erinnerungsschlacht werden. Als Leiter der Enquete - Kommission des Bundestages verordnete er jenes Geschichtsbild, das heute - ob in der Presse, dem Fernsehen oder Ausstellungen - dominiert. Ich zähle einige Beispiele auf, mit denen ich zu tun hatte.

In der Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden werden die Opfer des „Nationalsozialismus“ und des „Stalinismus“ gleichgesetzt. Kriegsverbrecher und Euthanasie – Mörder werden Antifaschisten gleichgestellt. Der einzige, der in der DDR zu Recht als Terrorist verurteilt worden war, wurde rehabilitiert.

Am Hannah - Arendt - Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, einem Schoßkind Kohls und Biedenkopfs. wurde 1996 ein Buch geschrieben, in dem das tragische Herzversagen des ersten sächsischen Nachkriegs - Ministerpräsidenten in einen Giftmord durch dessen Innenminister umgefälscht wurde. Das Buch entstand im Auftrag Biedenkopfs, wurde von ihm

prämiert und gerühmt, von der Landeszentrale für politische Bildung jahrelang auch dann noch verbreitet, als der Staatsanwalt den „Fall“ als Lügenstory zu den Akten gelegt hatte.

Im Fernsehen lief 2008 der vielfach preisgekrönte Film „Die Frau vom Checkpoint Charly“ mit Monika Ferres in der Hauptrolle, nachdem schon mehrere Bücher zum Thema erschienen waren. Selbst der polnische Papst, Außenminister Hans – Dietrich Genscher und diverse Fernsehgrößen waren in den Kampf um die „Freiheit“ von zwei Mädchen eingespannt, die sorgenfrei bei ihrem Vater in Dresden lebten und Fernsehlieblinge wurden. Auch Dresdner Medien haben bei diesem Schurkenspiel mitgespielt.

Da fast dreißig Jahre nach der Herstellung der Einheit nicht ehrlich über die Ursachen der katastrophalen Folgen gestritten wird, versuche ich den Rat zu befolgen, den uns Willy Brandt am 24. Februar 1992 in seiner Dresdner Rede gegeben hat: „Lasst euch nicht alles gefallen. Prangert Schwindel und Schwindler an...Last nicht unwidersprochen, wenn ohne Not bürokratische über praktische Vernunft obsiegt.“

Weiter: Keiner kann uns daran hindern, wichtigtuerische Wichte der Lächerlichkeit preiszugeben, auf dass sie das Weite suchen oder wenigstens den Mund halten. Keiner kann uns auch allzu miese Blätter aufzwingen oder erwarten, dass wir jeden Niveaurutsch im Fernsehen mit Beifall begleiten.“

Literatur:

Lothar Fritze: Delegitimierung und Totalkritik. Kritische Anmerkungen zur Aufarbeitung der DDR -Vergangenheit, Berlin 2016

Klaus Huhn: Die Gauck - Behörde. Der Inquisitor zieht ins Schloss, Berlin 2012

Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945, Freiburg im Breisgau 2003

Jens Wernicke: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung, Frankfurt a. M. 2017

Horst Schneider: Hysterische Historiker. Vom Sinn und Unsinn eines verordneten Geschichtsbildes, Berlin 2008

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.,
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 16.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09,
BIC BEVODEBB**